# Pressespiegel

**Ausgabe: 12.07.2019**

Niederrhein DGB

# Gewerkschaft fordert mehr Sozialwohnungen

IG Bau-Bilanz: Kreisweit entstanden 2018 rund 1000 Wohnungen, sieben Prozent weniger als 2017

**Kreis Wesel.** Im vergangenen Jahr wurden im Kreis Wesel insgesamt 1029 Wohnungen gebaut – darunter 469 in Ein- und Zweifamilienhäusern. Das sind sieben Prozent weniger als im Vorjahr. Hierbei investierten Bauherren 150 Millionen Euro, wie die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt mitteilt. Sie beruft sich dabei auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Die IG-Bau-Bezirksvorsitzende Karina Pfau sieht beim Neubau „deutlich Luft nach oben". Entscheidend sei, was gebaut werde: „Die Wohnungen müssen zum Portemonnaie und zur Lohntüte der Menschen passen. Es kommt darauf an, vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen zu bauen." Dazu sei es dringend erforderlich, die steuerliche Abschreibung im Mietwohnungsbau dauerhaft von derzeit zwei auf drei Prozent zu erhöhen. Darüber hinaus brauche der soziale Wohnungsbau eine Förderung von mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr durch Bund und Länder – und das kontinuierlich. Problemverschärfend sei, dass pro Jahr deutlich mehr Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen, als in den letzten Jahren neu gebaut wurden. „Der Bau braucht eine Perspektive. Nur dann werden die dringend notwendigen Kapazitäten ausgebaut. Und das bedeutet zusätzliche Fachkräfte und sichere Arbeitsplätze", so Karina Pfau.

**IG Bau sieht beim Neubau deutlich „Luft nach oben".** FOTO: IG BAU

Die Branche müsse die Gewissheit haben, dass alles, worin sie heute investiert, auch in fünf und zehn Jahren noch gebraucht werde. Diese Signale fehlten allerdings in der aktuellen Wohnbaupolitik: So schaffe etwa das zeitlich begrenzte Baukindergeld keine nachhaltigen Impulse. Statt in den Neubau fließe die Förderung hier oft in den Kauf von alten Gebäuden. „Es ist fatal, die Wohnungsbaupolitik von Wahl zu Wahl zu planen." Schließlich sei der Wohnungsbau bei wachsender Bevölkerung unverzichtbar und ein wichtiger Motor der Binnenkonjunktur – auch im Kreis Wesel, so Pfau.

NRZ Wesel

# Duisburg, Kreis Kleve und Kreis Wesel: Gewerkschaft zieht Bilanz für das Baujahr 2018

Viel zu tun für Bauarbeiter: Die hohe Wohnungsnachfrage hat in den vergangenen Jahren zu einem Boom der Baubranche geführt. Doch im sozialen und bezahlbaren Segment passiert weiterhin zu wenig, kritisiert die IG BAU.

**2950 neue Wohnungen gebaut**

Baubilanz für Duisburg, Kreis Kleve und Kreis Wesel: Im vergangenen Jahr wurden hier insgesamt 2950 Wohnungen gebaut – darunter 1097 in Ein- und Zweifamilienhäusern. Hierbei investierten Bauherren 406 Millionen Euro, wie die Industriegewerkschaft Bauen-

Agrar-Umwelt mitteilt. Die IG BAU Duisburg-Niederrhein beruft sich dabei auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes.
IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau sieht beim Neubau jedoch „deutlich Luft nach oben“. Entscheidend sei, was gebaut werde: „Die Wohnungen müssen zum Portemonnaie und zur Lohntüte der Menschen passen. Es kommt darauf an, vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen zu bauen.“ Dazu sei es dringend erforderlich, die steuerliche Abschreibung (AfA) im Mietwohnungsbau dauerhaft von derzeit zwei auf drei Prozent zu erhöhen. Darüber hinaus brauche der soziale Wohnungsbau eine Förderung von mindestens sechs Milliarden Euro pro Jahr durch Bund und Länder – und das kontinuierlich für die nächsten Jahre. In diesem Jahr unterstütze der Bund den Bau von Sozialmietwohnungen mit lediglich 1,5 Milliarden Euro, ab 2020 werden die Mittel sogar auf eine Milliarde abgesenkt. Zudem fallen pro Jahr rund 80.000 Sozialwohnungen aus der befristeten Mietpreisbindung heraus – deutlich mehr als in den letzten Jahren neu gebaut wurden.
„Der Bau braucht eine Perspektive. Und die bekommt er durch eine dauerhaft wirksame und verlässliche Förderung. Nur dann werden in der gesamten Prozesskette – von der Baustoffherstellung bis zur Verarbeitung auf dem Bau – die dringend notwendigen Kapazitäten ausgebaut. Und das bedeutet zusätzliche Fachkräfte und sichere Arbeitsplätze, zusätzliche Produktionsstraßen und Baumaschinen“, sagt Bezirkschefin Karina Pfau. Die Baubranche müsse die Gewissheit haben, dass alles, worin sie heute investiert, auch in fünf und zehn Jahren noch gebraucht werde.
Genau diese Signale fehlten allerdings in der aktuellen Wohnungsbaupolitik: So schaffe etwa das zeitlich begrenzte Baukindergeld keine nachhaltigen Impulse. Statt in den Neubau fließe die Förderung hier oft in den Kauf von alten Gebäuden.
„Es ist fatal, die Wohnungsbaupolitik von Wahl zu Wahl zu planen, statt verlässliche und wirksame Rahmenbedingungen zu schaffen. Immerhin ist der Wohnungsbau bei wachsender Bevölkerung unverzichtbar und ein wichtiger Motor der Binnenkonjunktur – auch in Duisburg, Kreis Kleve und Kreis Wesel“, sagt Pfau. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts wurden im vergangenen Jahr bundesweit rund 285.000 Wohnungen gebaut. „Damit hinkt die Große Koalition ihrem Ziel, pro Jahr 375.000 neue Wohnungen zu schaffen, deutlich hinterher“, so die IG BAU.